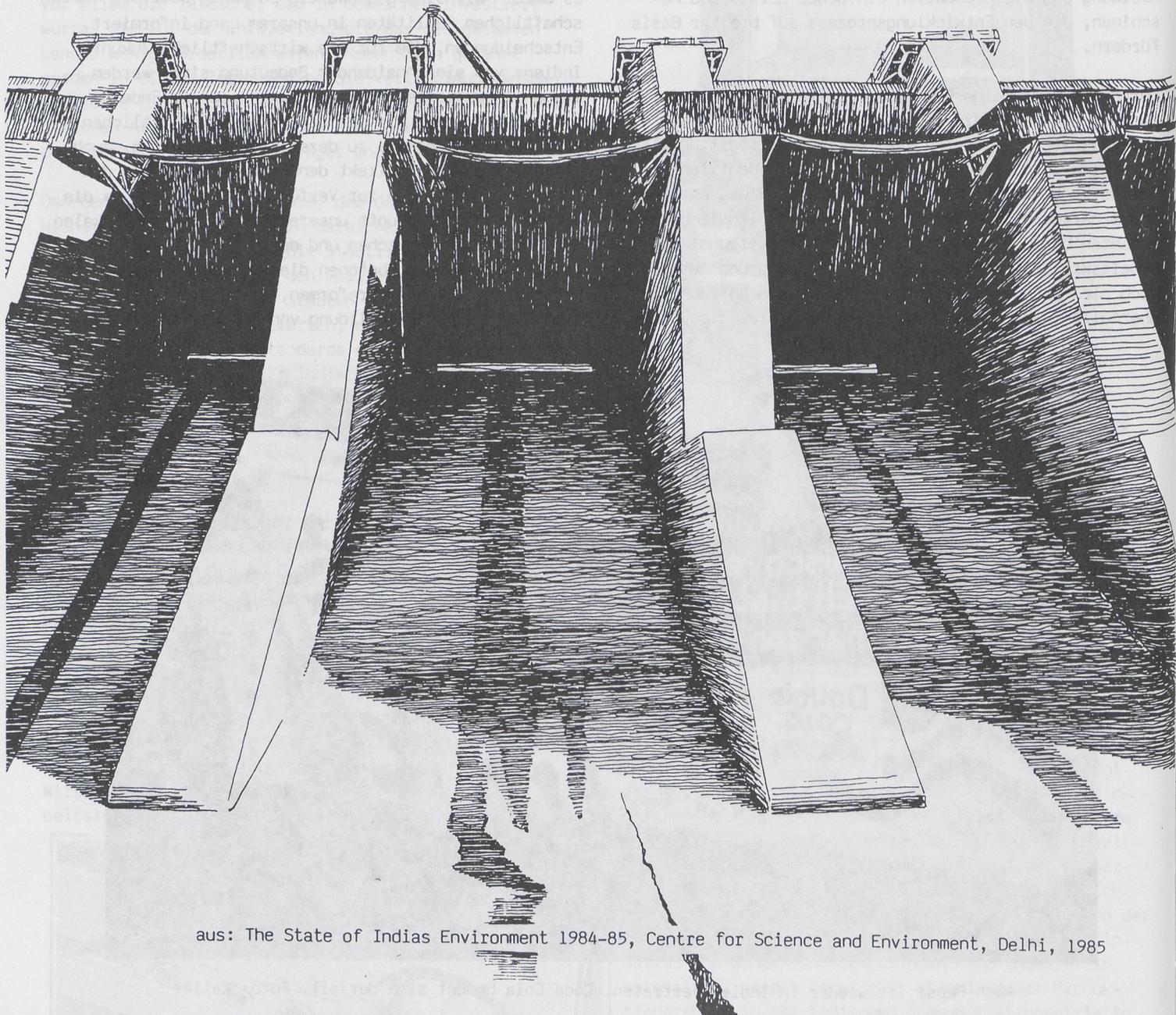


Narmada – Eine geplante Umweltkatastrophe?



aus: The State of Indias Environment 1984-85, Centre for Science and Environment, Delhi, 1985

Das Narmada Projekt, eines der größten indischen Entwicklungsvorhaben, hat mittlerweile eine breite Oppositionsbewegung auf den Plan gerufen. Der Bau des Sardar Sarovar Staudammes, Kernstück dieses riesigen Projektes und von seinen Befürwortern als "Lebensader Gujarats" bezeichnet, gerät mehr und mehr in die Schußlinie nationaler und internationaler Kritik. Für viele symbolisiert dieses gewaltige Bauvorhaben alles, was an dem ihm zugrundeliegenden und noch weithin akzeptierten Entwicklungskonzept zu bemängeln ist: die ökologische Zerstörung, Gleichgültigkeit und Verantwortungslosigkeit gegenüber der durch Umsiedlungsmaßnahmen entwurzelten Stammesbevölkerung und den Armen, die Faszination der Gigantomanie, die enormen Kosten und die wenig durchdachte Detailplanung, die letztlich dazu führen wird, daß einige wenige, ohnehin schon Privilegierte ihren Nutzen daraus ziehen werden. Die Gleichgültigkeit der Verantwortlichen gegenüber Mensch und Umwelt ist daher immer wieder Auslöser, oft gewalttätiger, sozialer Unruhen. Von dem oft beschworenen Ziel, die weitverbreitete Armut und die sozialen Disparitäten mit diesem Projekt aus der Welt zu schaffen, scheint die betroffene Bevölkerung weiter denn je entfernt zu sein. Der nachfolgende Bericht greift noch einmal die Hauptkritikpunkte auf und läßt gleichzeitig auch die Menschen zu Wort kommen, die vor Ort in verschiedener Form für die Belange der Bevölkerung und Umwelt eintreten.

Gemächlich zieht der breite Strom dahin. Die Hitze flimmert über der braunroten Erde und in den Abendstunden treiben die Kinder die Wasserbüffel zur Tränke. Am nächsten Morgen zeigt sich ein ähnlich friedliches und idyllisches Bild. Frauen holen Wasser aus dem Strom, waschen ihre Kleider und verbleiben ein wenig zum Tratsch. Der Anblick eines Weißen in dieser entlegenen Gegend läßt sie verlegen lächeln. Doch nicht diese dörfliche Idylle hat mich ins provinzielle Gujarat, in das eine Tagesreise von Bombay entfernte Dörfchen Mangrol am Ufer des Narmada-Stroms gelockt. Der Fortbestand dieser 'heilen Welt' ist bedroht. Hier soll das größte Staudammprojekt der indischen Gesellschaft entstehen, ein Projekt, gegen das sich mittlerweile eine breite Opposition gebildet hat, die mit verschiedensten Mitteln versucht, die Pläne der Regierung zum Scheitern zu bringen.

Der Narmada fließt vom zentralindischen Hochland über mehr als 1.300 Kilometer durch unwegsames, überwiegend von Ureinwohnern besiedeltes Gebiet, bevor er bei Baroch in den Arabischen Ozean mündet. Bereits im Jahre 1946 gab es erste Überlegungen, den Fluß zur Stromerzeugung und Bewässerung aufzustauen. 1961 legte der damalige indische Ministerpräsident Jawaharlal Nehru sogar den Grundstein für einen ersten Damm, doch die beteiligten Bundesstaaten Gujarat, Maharashtra und Madhya Pradesh konnten sich über die Kosten- und Ertragsaufteilung nicht einigen, so daß es bis zum Ende der 70-er Jahre dauerte, ehe das "Narmada Valley Development Project" Gestalt annahm. 30 große, 135 mittlere und 3.000 kleine Dämme sollen nach der vollständigen Fertigstellung die Narmada mitsamt ihren Nebenflüssen aufstauen. Wasserkraftwerke mit einer Gesamtkapazität von 2.700 Megawatt sollen entstehen, bis zu 5 Millionen Hektar Ackerland im niederschlagsarmen Gujarat und im weitgehend wüstenartigen Rajasthan bewässert werden. Als "Tempel der Moderne" bezeichnete Nehru die Staudämme Indiens.

Fortschritt - für wen?

Der ursprünglich auf diesem Wege beabsichtigten Steigerung des Lebensstandards der Gesamtbevölkerung halten Kritiker heute entgegen, daß dieser 'Fortschritt' an den Armen vorbeigeht. Aus den Überschwemmungsgebieten der Stauseen werden sie vertrieben, Strom aus den Wasserkraftwerken wird den Industriebetrieben und Wohlhabenden in den Städten zur Verfügung gestellt und die Bewässerung kommt in erster Linie den Großgrundbesitzern zugute.

"Was die indische Regierung über das Narmada-Projekt vorhersagt, ist in der Tat beeindruckend. Doch vergißt sie dabei zu erwähnen, daß sich solche Prognosen über Großprojekte nie auch nur zur Hälfte realisieren lassen. Auch in diesem Fall geht sie immer von dem Optimum aus, unterschlägt aber die Erfahrungen mit vergleichbaren Staudammprojekten, die meist viel schneller verschlammten als erwartet. Damit verringert sich die Wasserspeicherkapazität, die Nutzungsdauer sinkt, so daß die Prognosen der Regierungsseite nicht auch nur annäherungsweise erfüllt werden", kommentiert

Ashish Kothari, Mitglied der in Delhi ansässigen Umweltgruppe 'Kalpavriksh' die Entwicklung. Während die Regierung offiziell von Kosten in Höhe von 90 Milliarden Rupien für das Narmada-Projekt ausgeht, sprechen die mit der Durchführung betrauten Behörden mittlerweile schon von 250 Milliarden Rupien, umgerechnet etwa 30 Milliarden DM.

Kritische Wissenschaftler haben nachweisen können, daß die Kosten-Nutzen-Rechnung der Regierung, selbst wenn man die regierungseigenen Berechnungskriterien zugrunde legt, nicht aufgeht. Bezüglich der Ausnutzung des zur Bewässerung bereitgestellten Wassers ist beispielsweise seit langem bekannt, daß nur ein Bruchteil davon letztendlich der Landwirtschaft zugute kommt. Zahlreiche Untersuchungen bereits existierender Bewässerungsprojekte in Indien belegen, daß vielfach nur ein geringer Teil des in den Stauseen gespeicherten Wassers effektiv von der Landwirtschaft genutzt werden kann. Fast 70 % gehen durch Verdunstung, Versickerung und unsachgemäße Verwendung verloren. Demzufolge ist die Empfehlung, sich statt der Planung neuer Großstaudämme vielmehr um die optimale Nutzung der bereits vorhandenen Bewässerungsprojekte zu kümmern, wie sie kürzlich in einem Artikel der in Bombay erscheinenden 'Economic and Political Weekly' (30.9.1989) ausgesprochen wurde, durchaus berechtigt. Die Regierungsseite geht jedoch trotz dieser Studien und Empfehlungen immer noch von einer optimalen Kapazitätsausnutzung aus. Zudem muß berücksichtigt werden, daß in ihren Berechnungen die gewaltigen sozialen und ökologischen Folgekosten noch gar nicht erfaßt sind.

Ökologisches Disaster

Fachleute gehen davon aus, daß der Narmada-Sagar, der zur Zeit in Madhya Pradesh entsteht und der nach seiner Fertigstellung der größte künstlich angelegte Stausee Indiens sein wird, allein 90.820 Hektar Land überflutet. 40.000 Hektar dieser Fläche weisen einen wertvollen Teakholzbestand auf. Unter ökologischem Aspekt betrachtet sind diese Wälder vor allem infolge der enormen Artenvielfalt ihrer Tier- und Pflanzenwelt von besonderer Bedeutung.

Der Sardar-Sarovar Stausee in Gujarat wird voraussichtlich eine Fläche von 39.134 Hektar überfluten. Bei etwa einem Drittel davon handelt es sich ebenfalls um wertvolle Waldbestände. Insgesamt wird die Waldfläche allein durch diese beiden Großstaudämme um über 50.000 Hektar dezimiert. Theoretisch könnte man diesen Bestand durch Aufforstungsmaßnahmen zurückgewinnen, aber eben nur theoretisch. Denn bei diesen über Jahrhunderte, zum Teil über Jahrtausende gewachsenen Lebensräumen, handelt es sich um außerordentlich komplizierte Ökosysteme, die eine enorme Vielfalt an Pflanzen und Tieren beherbergen und die auf diesem Wege unwiderruflich zerstört werden. Die geplanten Wiederaufforstungsmaßnahmen werden wahrscheinlich so aussehen, daß man Bäume in Monokulturen anpflanzt, die kurzfristigen kommerziellen Nutzen versprechen, gleichzeitig aber auch dem Boden einseitig wichtige Nährstoffe entziehen. Die Verminderung der Tragfähig-

keit der Böden und eine zunehmende Bodenerosion werden die unausweichlichen Folgen sein. Die wertvolle, der Landwirtschaft verlorengelassene Bodenkrume, wird nach ihrer Erosion wahrscheinlich dafür sorgen, daß die Stauseen - noch schneller als erwartet und von den meisten Fachleuten vorausgesagt - zusedimentieren.

Ein weiteres ökologisches Problem wird aus dem Anstieg des Grundwasserspiegels in den zukünftigen Bewässerungsgebieten resultieren. Schätzungen gehen davon aus, daß etwa 40 % der in den Bewässerungsgebieten der beiden Großstaudämme anzutreffenden fruchtbaren Schwarzerdeböden versumpfen und damit für die Landwirtschaft weitgehend unbrauchbar werden. Um diesem Problem nachhaltig zu begegnen, wäre es nötig, für eine Fläche von jeweils 6 Hektar Größe einen Brunnen anzulegen, aus dem das Wasser abgepumpt werden könnte, um so den Grundwasserspiegel wieder zu senken. Allein die Anlage dieser Brunnen würde riesige Kosten verursachen, der Betrieb der elektrischen Pumpen mit 45 Megawatt ein Drittel der gesamten Energieerzeugung des Narmada-Sagar Projekts verschlingen.

Ein weiteres, bislang noch wenig untersuchtes und damit kaum überschaubares Problem könnte sich aus der Tatsache ergeben, daß durch die Anlage einer derartigen Vielzahl von Stauseen verschiedenster Größe und die damit aufgestauten Wassermassen der Untergrund zum Teil enormen Belastungen ausgesetzt wird. Da noch keine Studie vorliegt, die sich intensiv mit diesem Aspekt auseinandergesetzt hat, bleibt die Frage offen, welche seismischen Vorgänge durch das Narmada Projekt ausgelöst werden könnten.

"Anstatt auf diese Gigantomane zu setzen, müssen wir traditionelle Techniken der Wasserspeicherung in Dorfteichen weiterentwickeln und in den Trockengebieten auf die entsprechend angepaßten landwirtschaftlichen Nutzungsformen setzen", fordert der Umweltschützer Kothari vehement.

"Das hört sich alles gut an, wenn man in einem vollklimatisierten Büro in Delhi sitzt," hält Dr. Anil Patel von der gandhianischen Aktionsgruppe 'Vahini' in Mangrol dem entgegen. "Wir arbeiten seit fast 10 Jahren hier vor Ort. Natürlich ist es möglich, viele traditionelle Anbautechniken wieder stärker anzuwenden, aber die Probleme sind hier auf dem flachen Land so groß, daß ich die Menschen nicht immer nur damit vertrösten kann, daß bald etwas geschehen muß (die Verbesserung der Bewässerungsmöglichkeiten und die Versorgung mit Elektrizität sind dabei unerläßliche Voraussetzungen. Anm. d. Verf.). Natürlich wissen wir von vielen Fehlplanungen bei Großprojekten, deshalb wollen wir uns aktiv an der Planung der Bewässerungsprojekte und der Umsiedlungsaktionen beteiligen."

Umsiedlung

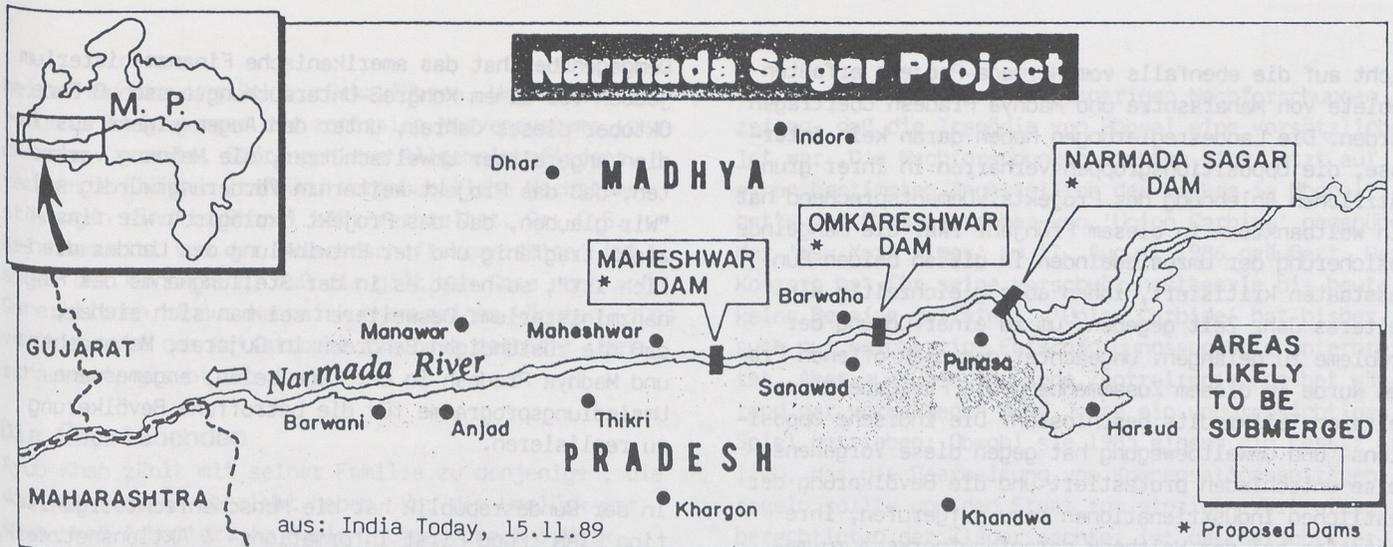
Die notwendigen Massenumsiedlungen stellen das gravierendste Problem im Rahmen des Narmada-Projekts dar. Allein die Inbetriebnahme der beiden größten Staudäm-

me, des Sardar Sarovar, der bereits im Bau ist, und des Narmada Sagar, setzt die Umsiedlung von 200.000 Menschen voraus. Mehr als die Hälfte von ihnen sind Ureinwohner ("Adivasis"), für die eine Neuansiedlung in einem fremden Gebiet in jedem Fall zu schweren kulturellen und sozialen Belastungen führen würde. Nun mag man einwenden, daß die Durchdringung traditioneller Gesellschaften durch neuzeitliche Entwicklungen in der Dritten Welt unumgänglich und in der Tat in Indien schon weit fortgeschritten ist. Das bedeutet aber keineswegs, daß die menschliche Komponente außer Acht gelassen werden könnte. Vielmehr muß den Betroffenen - eine Forderung aller Oppositionsgruppen - ein gewisses Mitspracherecht bei der Projektplanung und den Umsiedlungsaktionen zugestanden werden, ihre Situation darf sich durch die Umsiedlung und Neuansiedlung nicht verschlechtern. Diesen Forderungen stehen allerdings die negativen Erfahrungen aus anderen indischen Großprojekten gegenüber.

Walter Fernandez und seine Mitarbeiter am "Indian Social Institute" haben errechnet, daß in den vier Jahrzehnten seit der Unabhängigkeit Indiens mehr als 15 Millionen Menschen durch die Anlage von Großprojekten aus ihrem angestammten Lebensraum vertrieben worden sind. "Weniger als ein Viertel der von Entwicklungsprojekten verdrängten Bevölkerung wurde angemessen entschädigt und wiedereingegliedert." Bei den 25 %, die entsprechende Gegenleistungen erhielten, handelte es sich fast ausschließlich um ohnehin schon privilegierte Grundbesitzer. Die Armen, besonders die Landlosen, die sich in ihrem ursprünglichen Lebensraum, wenn auch schlecht, auf die Verhältnisse eingestellt hatten, die in dem über Generationen gewachsenen Sozial- und Wirtschaftsgefüge der indischen Dörfer immer wieder Möglichkeiten zum Broterwerb fanden, erhielten im Rahmen derartiger Umsiedlungsaktionen keinerlei Entschädigung. Sie endeten und enden zu meist in den Slums oder auf den Straßen der indischen Millionenstädte.

Proteste nehmen zu

Vor diesem Hintergrund versuchten einige Aktionsgruppen, die indische Regierung im Rahmen der Planung des Narmada-Projektes zu Garantien hinsichtlich einer angemessenen Umsiedlungspolitik zu verpflichten - ohne sich damit grundsätzlich für das Staudammprojekt auszusprechen. In Zusammenarbeit mit ausländischen Solidaritätsgruppen konzentrierte man sich sehr bald auf die Weltbank, die für das erste Teilprojekt, den Sardar-Sarovar Damm, einen Kredit in Höhe von 450 Millionen US-Dollar in Aussicht gestellt und die sich in den letzten Jahren zumindest in der Öffentlichkeit ökologischen Problemen gegenüber immer sehr aufgeschlossen gezeigt hatte. In der Tat machte sich die Weltbank auf vielfachen Druck und nach zahlreichen Gesprächen mit den Betroffenen deren ökologische und soziale Sorgen und Ängste zu eigen. Eine genaue Erhebung und Bewertung dieser Probleme wurde zur Vorbedingung für die Kreditvergabe gemacht. So gelang es, den Bundesstaat Gujarat dazu zu verpflichten, jeden Umsiedler zu entschädigen: "Land gegen Land".



Darüber hinaus müssen die Behörden jeder Familie und jedem erwachsenen Sohn einer Familie mindestens 2 Hektar Land kostenlos zur Verfügung stellen, auch den bis dahin Landlosen, die im übrigen möglichst in der gesamten Dorfgemeinschaft umgesiedelt und mit der notwendigen sozialen und technischen Infrastruktur versorgt werden sollen. Alleinstehende Frauen werden allerdings - wie bei so vielen Entwicklungsprojekten - deutlich diskriminiert, zum Teil werden sie sogar in die traditionelle Rolle als Hausfrau und Mutter zurückgedrängt.

Dennoch wird diese Regelung gegenüber vergleichbaren Umsiedlungsaktionen der Vergangenheit von den Betroffenen durchaus positiv bewertet. "Das ist ein ungeheurer Erfolg. Wenn die Versprechen eingehalten werden, geht es den Umsiedelnden danach zumindest sozial besser als zuvor, wobei die allgemeinen kulturellen und menschlichen Probleme nicht berechnet werden können. Da wir die Korruptheit der indischen Beamten kennen, haben wir uns entschlossen, zusammen mit den Umsiedlern das neue Land direkt auszusuchen, seine Qualität zu prüfen und danach zu fragen, in welchem Umfang es zum Ankauf durch die Regierung zur Verfügung steht", berichtet Anil Patel von 'Vahini'. In dem Haus der Organisation im Dörfchen Mangrol treffen täglich viele Betroffene ein, äußern ihre Vorschläge und ihre Kritik. Die sich daraus zwangsläufig ergebende Zusammenarbeit mit der Regierung hat 'Vahini' von seiten anderer, das Projekt kritisierenden Gruppen den Vorwurf eingebracht, sich zum Erfüllungsgehilfen der Regierung machen zu lassen, und damit den Dammbau überhaupt erst zu ermöglichen.

"Sollen wir die Leute denn im Regen stehen lassen?" empört sich Anil Patel. "Als 1981 das erste Dorf im Rahmen der Vorbereitungsarbeiten für den Sadar-Sarovar Dam geräumt wurde, haben wir versucht, die Leute über die Problematik aufzuklären. Doch in dieser abgelegenen Gegend war es schwierig, die Menschen dazu zu bringen, sich gegen die Regierung zusammenzuschließen. Sie wollten die Bedrohung einfach nicht wahrnehmen. Als dann die Bulldozer anrollten, sind die Leute voller Schmerz geflohen. An Widerstand dachten sie gar nicht, wir konnten sie nicht dazu bewegen. Und wir

können doch auch jetzt der Bevölkerung in den zukünftig überfluteten Dörfern entlang der Narmada nicht sagen: Harrt aus, bis euch das Wasser buchstäblich bis zum Halse steht. Danach werden sie gar nichts mehr haben. Wer kann das verantworten?"

Der allzu positiven Darstellung des bislang Erreichten muß jedoch entgegengehalten werden, daß die Regierung von Gujarat, die zum Teil wegen ihrer scheinbaren Kompromißbereitschaft gelobt wurde, insgesamt 65.000 Hektar Land zur Neuansiedlung zur Verfügung gestellt hat, das aufgrund seiner Bodenqualität zur landwirtschaftlichen Nutzung völlig ungeeignet ist. Diese Einschätzung wird selbst von offiziellen Vertretern der Regierung geteilt. Der im Grunde durchaus begrüßenswerte Vorschlag der Regierung, Land von Privatbesitzern aufzukaufen und den Umsiedlern zur Verfügung zu stellen, ist ebenfalls hinfällig. Karten und Register über Flächen, die angekauft werden könnten, wurden bislang noch nicht erstellt. Darüber hinaus wird den Umsiedlungsbehörden in Gujarat von verschiedenen Seiten, unter anderem auch von der Regierung Madhya Pradeshs, der Vorwurf gemacht, den Umsiedlern - in erster Linie der Stammesbevölkerung - in Rechtsfragen zu wenig Hilfestellung zu leisten. So wird in der am 9. September erschienenen Ausgabe der indischen Zeitschrift 'Mainstream' darüber berichtet, daß in Gujarat Umsiedlern von privater Seite Land verkauft worden sei, das noch mit Hypotheken belastet gewesen war. Daraufhin hätten die Banken die ausstehenden Kredite von den völlig ahnungslosen Käufern eingefordert. Diese waren ihrerseits jedoch selbst vielfach auf die Gewährung eines Kredites angewiesen, der ihnen aber nicht genehmigt wurde.

Trotz aller Einwände handelt es sich bei der Vereinbarung über die Entschädigung von Landlosen mit der Regierung von Gujarat um einen wichtigen Präzedenzfall in der indischen Rechtsprechung. Allein 5 Millionen InderInnen droht derzeit angesichts der 600 anstehenden Großprojekte die (Zwang-) Umsiedlung. Um die in Gujarat erreichten Zusagen des Staates auch in vergleichbaren Fällen zu erzielen, bedarf es allerdings des ständigen Drucks von seiten der Aktionsgruppen. So ist die für Gujarat erarbeitete Konzeption bislang

nicht auf die ebenfalls vom Narmada-Projekt erfaßten Gebiete von Maharashtra und Madhya Pradesh übertragen worden. Die Landesregierungen haben daran kein Interesse, die Oppositionsgruppen verharren in ihrer grundsätzlichen Ablehnung des Projekts. Dementsprechend hat ein Weltbankteam in diesem Frühjahr zwar die mangelnde Absicherung der Umsiedelnden in diesen beiden Bundesstaaten kritisiert, ihnen aber gleichzeitig ein weiteres Jahr Zeit gegeben, um zu einer Lösung der Probleme zu gelangen. Ungeachtet der noch offenen Fragen wurde in diesem Zusammenhang die Freigabe eines weiteren Teilkredits beschlossen. Die indische Oppositions- und Umweltbewegung hat gegen diese Vorgehensweise entschieden protestiert und die Bevölkerung der westlichen Industrienationen dazu aufgerufen, ihre Vertreter bei der Weltbank darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich, ohne die Garantie einer verantwortungsbewußten Umsiedlungspolitik, an der Verelendung von mehr als 100.000 Menschen entlang der Narmada mitschuldig machen.

Demgegenüber hat das amerikanische Finanzministerium jedoch vor einem Kongreß-Untersuchungsausschuß Ende Oktober dieses Jahres, unter den Augen eigens aus Indien angereister Umweltschützer, die Meinung vertreten, daß das Projekt weiterhin förderungswürdig sei. "Wir glauben, daß das Projekt ökologisch wie finanziell tragfähig und der Entwicklung des Landes dienlich ist", so heißt es in der Stellungnahme des Finanzministerium. Desweiteren sei man sich sicher, daß die zuständigen Behörden in Gujarat, Maharashtra und Madhya Pradesh in der Lage seien, angemessene Umsiedlungsprogramme für die betroffene Bevölkerung zu realisieren.

In der Bundesrepublik hat die Menschenrechtsorganisation FIAN (Food First Informations- & Aktionsnetzwerk, Postfach 10 22 43, 69 Heidelberg, Tel. 06222/50108) den Vorschlag der indischen Oppositions- und Umweltbewegung aufgegriffen und eine entsprechende Briefaktion vorbereitet.

F. Braßel / R. Tepel

Die Katastrophe wird zur Tragödie – 5 Jahre nach 'Bhopal' –

Anläßlich des 5. Jahrestages der Katastrophe von Bhopal gingen erneut Tausende auf die Straße, um gegen Verschleierungsversuche und Ungerechtigkeit zu protestieren. Eine vom Obersten indischen Gerichtshof festgelegte Entschädigung wird weitgehend abgelehnt.



Bhopal Opfer. Foto: Bharat Dogra

Oberflächlich betrachtet gleicht der Bahnhof von Bhopal denen anderer indischer Großstädte. Tausende sind auf den Beinen. Unzählige 'Porter', in rote Jacken gekleidete Träger, schleppen für einige Rupien die Gepäckstücke der Fahrgäste aus den Wagen. Dazwischen Verkäufer, die den zusteigenden Fahrgästen mit Getränken, Eßbarem oder Zeitungen und Zeitschriften die Reise versüßen, verschönen oder verkürzen wollen. Und trotzdem ist etwas anders im Bahnhof von Bhopal, der Hauptstadt des flächenmäßig größten indischen Bundesstaates Madhya Pradesh. Es gibt mehr Bettler als anderswo, viele von ihnen sind blind. "Die meisten sind Opfer der Bhopal-Katastrophe", klärt mich ein Fahrgast auf, mit dem ich mich schon zuvor im Zug unterhalten hatte. Mit dem 5. Jahrestag der schrecklichen Katastrophe von Bhopal verbinde er die Hoffnung, daß die indische Regierung nun endgültig geeignete Schritte unternehme, um die Betroffenen angemessen zu entschädigen. "Obwohl die Katastrophe nun schon fünf Jahre zurückliegt, warten immer noch Zehntausende auf Gerechtigkeit", bringt er seinen Unmut zum Ausdruck.

Insgesamt sind dem Desaster in der Nacht zum 3. Dezember 1984 fast 3.500 Menschen zum Opfer gefallen. 400.000 wurden verletzt als aus einem Zweigwerk des amerikanischen 'Union Carbide'-Konzerns Giftgas, Methylisocyanat, ausströmte. Fünf Jahre nach dem Unglück leiden die Überlebenden immer noch unter den Nachwirkungen der Katastrophe. Neben zahlreichen Augen- und Atemwegserkrankungen sind eine Vielzahl anderer Krank-